



TAGUNG

Jugend- und Gruppengewalt – ein Phänomen unserer Zeit

Sindelfingen. Unter diesem Motto fand am 19. Juli 2005 in der Stadthalle in Sindelfingen die 24. Tagung für Verbrechensbekämpfung der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg statt. Über 500 Teilnehmer der Tagung befassten sich mit den Ursachen der Gruppengewalt, den Auswirkungen und Strategien der Polizei, und in einem besonderen Untertitel wurde die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte behandelt. Der stellvertretende Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner sagte in seiner Begrüßungsrede, dass Gewalt in der Gesellschaft und gerade von Kindern und Jugendlichen ein gesamtgesellschaftliches Problem sei und es dafür keine Patentlösungen gäbe. Der Tag war ausgefüllt mit Referaten, und die sich am Nachmittag anschließende Podiumsdiskussion unter der bewährten Moderation von Thomas Denzel vom SWR-Fernsehen war ausgesprochen lebhaft. Nicht nur auf dem Podium wurde engagiert diskutiert, die Kollegen, die im Plenum saßen, haben ihren polizeilichen Alltag bei der Bekämpfung und Verhinderung der Gewalt deutlich aufgezeigt.

Rüdiger Seidenspinner konnte eine große Anzahl von Gästen begrüßen. Allen voran MdB Clemens Binniger, CDU, der in einem Grußwort für alle anwesenden Politiker auf die Gewalt, die gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgeübt wird, einging.

Schwelle muss hoch sein

Seinen Aussagen zufolge darf die Autorität eines Polizeibeamten nicht untergraben werden. Die Schwelle muss so hoch sein, dass es sich niemand traut, einen Polizisten anzugreifen. Seine Mei-



Rüdiger Seidenspinner

nung ist auch, dass die Polizei nicht nur ein Kostenfaktor sein darf. Sicherheit für die Bürger ist eine Dienstleistung des Staates, sie hat in Deutschland einen hohen Standard. Wenn man nur spart, dann kommt es zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust, so Binniger. Die Frage sei, was ist uns unsere Sicherheit wert? Man müsste dann auch die Konsequenz ertragen.

In Zukunft investieren

Oberbürgermeister Vogelsang aus Sindelfingen sagte in seinem Grußwort, dass in unsere Jugend investiert werden muss, hier läge die Zukunft für unser Land. Er dankte insbesondere den Kolleginnen und Kollegen des Polizeireviers Sindelfingen für die hervorragende Arbeit in seiner Stadt.

Anstieg der jugendlichen Täter

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, vertritt die Positionen der GdP zur Gewaltkriminalität.

„Die Gewaltkriminalität ist von Jahr zu Jahr gestiegen“, so Freiberg. Allein die gefährlichen und schweren Körperverletzungen sind im Jahre 2004 um 5,4% in Deutschland gestiegen. Auch die Gewalt gegen Polizeibeamte hat zugenommen. Bei polizeilichen Maßnahmen schlägt den einschreitenden Beamtinnen und Beamten immer öfters brutale Gegenwehr entgegen. Immer mehr Täter sind bewaffnet, schildert Freiberg. Indiz, dass die Gewaltbereitschaft auch gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ansteigt ist, dass die Zahl der strafbaren Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte im Jahr 2004 um 9,2% angestiegen ist. Im Zeitraum 1993 bis 2004 stieg die Zahl von ca. 18 300 auf rund 25 000 Fälle, also um rund ein Drittel an.

Der Ruf nach Sicherheit wird immer lauter, so Freiberg, zu tauschen werden aber nach wie vor in Deutschland Polizistenstellen gespart. Dies, so Freiberg, sei bei der heutigen Bedrohungslage unverständlich.

„Der, der Geld hat, schützt sich“, dies könne man auch an der starken Zunahme der privaten Sicherheitsdienste ersehen.

Grenzen müssen frühzeitig aufgezeigt werden

Der Landespolizeipräsident Erwin Hetger sprach darüber, dass Ansätze von Jugendbanden nicht zu übersehen seien. Mehr als die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen Jugendlichen operiert aus Gruppen heraus. Die Gewalt von jungen Menschen habe Konjunktur. „Gewalt ist in“, so Hetger. Erschreckend sei die zunehmende

Fortsetzung auf Seite 2



IdP Dieter Schneider und Kirchenrat Matthias Steinmann

Fortsetzung von Seite 1

Brutalität bei Körperverletzungen, es erfolgt buchstäblich eine Aufrüstung mit Messern.

Die Gewaltkriminalität ist bei Jugendlichen in den letzten 10 Jahren um 85,2% angestiegen.

LPP Hetger berichtete, mit welchen Maßnahmen die Polizei des Landes darauf reagiert. „Wir müssen jungen Menschen unmissverständlich vor Augen führen,

dass weitere Straftaten nicht toleriert, sondern die erforderlichen Reaktionen schnell und individuell ergriffen werden“, sagte Hetger.

LPP Hetger danke den rund 900 Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeitern der Polizei für eine hervorragende Arbeit. Sie würden ihre „Pappenheimer“ kennen und neue Entwicklungen und Probleme sehr frühzeitig wahrnehmen. Hetger sprach auch die kommunale Kriminalprävention an. Landesweit würden sich 550 Projekte mit der Zielgruppe der jungen Menschen befassen.

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „**Oktober 2005**“ ist Freitag, der 9. **September 2005** und für die „**November-Ausgabe 2005**“ Freitag, der 7. **Oktober 2005**.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg
GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
freecall: 08 00 / 13 26 000
Tonbandsänge „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Bezirkspersonalrat der Polizei,
Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6381

Studie vorgestellt

Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) stellte die neueste Studie (Befragung von Kindern und Jugendlichen in Stuttgart und Schwäbisch Gmünd) vor. Diese Studie ist bei der 24. Tagung für Verbrechensbekämpfung der Öffentlichkeit zum ersten Mal vorgestellt worden. Die Tagungsteilnehmer hatten somit aus erster Hand die neuesten Untersuchungsergebnisse.

Der Diplom-Soziologe hatte seinen Vortrag unter die Überschrift: Individuum – Gruppe – Gesellschaft, Personale und soziale Bedingungen von Jugendgewalt gestellt.

Von der gesamten Tagung wurde eine Dokumentation erstellt, in der auch das Referat von Dirk Baier abgedruckt ist.

Podiumsdiskussion

Podiumsteilnehmer waren die parlamentarische Staatssekretärin aus dem Bundesinnenministerium Ute Vogt, SPD, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Inspekteur der Polizei Dieter Schneider, Diplom-Soziologe Dirk Baier, KFN, Oberstaatsanwalt Gernot Blessing, Staatsanwaltschaft Stuttgart und Matthias Steinmann, Kirchenrat (Polizei-pfarrer) Stuttgart.

Thomas Denzel, Journalist vom SWR-Fernsehen moderiert wie schon im vergangenen Jahr die Diskussion.



In der ersten Reihe: Rüdiger Seidenspinner, Konrad Freiberg und Thomas Denzel

Nachfolgend einige Aussagen des Podiums:

Schneider:

Es vergeht kein Wochenende in den Landkreisen wo wir nicht bei Festen feststellen, dass von Jugendlichen Gewalt ausgeht. Dies hat sehr viel mit Alkoholgenuß und gruppenspezifischen Prozessen zu tun.

Reduzierung von Polizeiposten hat mit Jugendgewalt nichts zu tun.

Blessing:

Aus seiner Sicht haben die „Fälle“ nicht zugenommen, aber wir haben eine Brutalisierung. Im Umfeld der Täter ist immer mehr eine Tolerierung der Gewalt festzustellen.

Haus des Jugendrechts in Stuttgart ist ein eng beschränktes Projekt. Ganz wichtig ist, dass zeitnah mit dem Täter etwas passiert, es muss eine Reaktion erfolgen.

Es ist feststellbar, dass fast alle Täter zwischen 18 und 21 Jahre ein soziales Defizit in ihrer Entwicklung aufweisen.

Vogt:

Gewalt wird brutaler. Täter klopfen sich auf den Fäusten, sondern setzen immer mehr Messer ein. Der Ruf nach immer neuen Gesetzen und schärferen Strafen bringt nichts. Um Gewalt zu verhindern, braucht man einen Prozess der in der Familie anfängt.

Abbau von Polizeiposten ist schädlich.

Freiberg:

Gewalt hat in unserer Gesellschaft zugenommen. Der Gewerkschaft der Polizei ist es wichtig, dass der jugendliche Täter die sofortige Konsequenz seines Tuns spürt. Jedes Jahr erfahren wir eine Steigerung der Gewaltkriminalität. Wir kennen die Ursachen von Gewalt bei Jugendlichen. Der Staat verschlechtert aber die Handlungsmöglichkeit des Staates durch Kürzungen bei der Polizei und Einstellungsstopps.

Kein Polizeibeamter auf der Straße – Gewalt kann entstehen.

Steinmann:

„Bei meiner letzten Nachtstreife in Stuttgart habe ich gespürt, was für ein Druck auf den Polizeibeamten lastet.“ Polizisten stehen unter Dauerstress.

Steinmann sprach von einer „spröden“ Kommunikation von „Oben“ nach „Unten“.

Baier:

Es ist nicht zu erkennen, dass die Jugendlichen die Polizei als Feindbild erkennt, eher noch als Vertrauensperson.

Es ist für einen Jugendlichen nicht von Belang wie hoch eine Strafe ist, sondern wie hoch ist mein Entdeckungsrisiko, d.h.: wie viele Polizisten sind auf der Straße.

In seinem Schlusswort bedankte sich Rüdiger Seidenspinner bei allen Referenten und Podiumsteilnehmern für ihr Engagement.

Wosch

PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

Spieglein, Spieglein an der Wand, was ist das „Schlimmste“ bei der Polizei im Land?

Ich bin nun seit vielen Jahren Vorsitzender des BPRs der Polizei beim Regierungspräsidium Stuttgart (LPD Stuttgart und PP Stuttgart). Wenn man vor einer erneuten Kandidatur zum Personalrat steht, dann richtet sich der Blick zunächst rückwärts auf die vergangenen Jahre, aber viel wichtiger noch ist der Blick auf die Jahre die nach der Wahl möglicherweise vor einem liegen, was noch unerledigt ist und was noch kommen wird.



Was haben wir in den letzten Jahren nicht alles aushalten müssen? Reorganisation, Postenreform und Verwaltungsreform, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Bei jeder so genannten Reform gab es Gewinner, aber auch Verlierer. Ich bin heute noch nicht von manchen neuen organisatorischen Maßnahmen überzeugt, von den neuen Schlagworten wie „Effizienzrendite“, „Optimierungen“ jeglicher Art, „Verschlankung“ und wie sie noch alle heißen.

Es wird doch immer mehr Polizei- und Sicherheitsarchitektur auf dem Altar der Finanzen geopfert. Dies wird dann noch in Sonntagsreden unserer Politiker beschönigt und den Bürgern noch als die sicherheitspolitische Glanznummer verkauft.

Ihr wisst dies alles, da Ihr es täglich selbst erlebt.

Die Polizeivollzugsbeamten haben es 2004 erlebt, dass sie in ein neues Beurteilungssystem gepresst wurden, bei dem schon vorher jeder wusste, dass es fast ein Drittel „Gute“ und mehr als Zweidrittel, ich will es einmal salopp formulieren „Weniger Gute“ hinterlassen wird. Nun haben wir den Salat. Auf die Chancen für eine Beförderung oder die Bewerbung einer Stellenbesetzung einer Funktionsstelle eines untadelig arbeitenden Polizisten unter 4,25 Punkten muss ich auch nicht eingehen.



Soziale Belange z. B. enorme Wartezeiten etc. finden keinen Eingang mehr in die Beratungen mancher Dienststellenleiter mit ihrer Führungsmannschaft.

Wie geht es denn weiter? Wir haben Hoffnungen in den neuen Ministerpräsidenten. Die Frage ist, was macht er davon wahr was wir miteinander in vielen Gesprächen, als er noch Fraktionsvorsitzender war, bei der GdP in Eberdingen-Hochdorf besprochen haben.

Für mich ist es ein Skandal, dass wir nach wie vor 60% Anteil mittlerer Dienst haben.

Ich will nicht verschweigen, dass sich vieles bei uns auch gebessert hat, aber halt nicht in diesem Bereich.

Herr Innenminister, schauen Sie in den Spiegel und er wird Ihnen sagen, dass das Schlimmste im Land nach wie vor die Situation des **mittleren Dienstes** ist. Polizeimeisterinnen und Polizeimeister, die länger als 6 Jahre auf eine Beförderung warten müssen, die Netto dann etwa 50 Euro ausmacht.

Über 14 Jahre benötigt man bei manchen ländlichen PDen bis man von A 8 nach A 9 befördert werden kann.

Insgesamt 20 Jahre, bis man eine Position erreicht, in die Berufsanfänger in Hessen eingestellt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei und auch ihre Personalräte werden weiter für die Belange ihrer Mitglieder eintreten und streiten.

Ich stelle mich wieder zur Wahl, weil ich davon überzeugt bin, dass Personalräte etwas bewegen, viel mehr, als manchmal draußen wahrgenommen wird.

Deshalb bitte ich euch um eure Stimme bei der Wahl im November.

Wolfgang Schmidt(Wosch)



Ich wurde 1984 als Kfz-Mechanikergeselle (Kfz-Handwerker) bei der Polizeidirektion in Aalen eingestellt. Nach der Schließung der Bereichswerkstätten, der Privatisierung (Leasing), nach Reorg, bin ich jetzt technischer Mitarbeiter in der Führungsgruppe im Polizeiviertel Aalen. Seit zwölf Jahren

bin ich im ÖPR der PD Aalen, davon über 8 Jahre ordentliches Mitglied und seit 2001 stellvertretendes BPR-Mitglied.

Seit 2002 bin ich Mitglied der Tarifkommission der GdP Baden-Württemberg.

Oft wird man gefragt, warum Personalrat? Da kannst Du ja eh nichts ändern! Wer so denkt, hat schon aufgegeben. Tatsache ist, gäbe es keinen Personalrat und keine Gewerkschaften, würden wir heute noch für einen



„APPEL und ein EI“ arbeiten. Arbeitsplatzgestaltung und lohngerechte Bezahlung wären nicht möglich. In unserer geplagten Arbeitswelt bleibt oft der Tarifbeschäftigte auf der Strecke. Auf andere Bereiche, wie Arbeitsleistung, leistungsgerechte Bezahlung, Eigenverantwortung, gerechte und sichere Arbeitsplätze, Tarifsicherheit, Entgeltregelung, damit meine ich Gehalts-sicherung und, und, und, möchte ich gar nicht weiter eingehen.

Für mich ist der Zeitpunkt gekommen, hier meinen Einsatz zu zeigen.

Es gibt noch viel zu tun. In einem Hauptpersonalratsgremium sowie in einem Bezirkspersonalratsgremium hat man doch sehr gute Informationen. Sie sind aus meiner Sicht ein wesentlicher Argumentationsbestandteil für eine Tarifgestaltung.

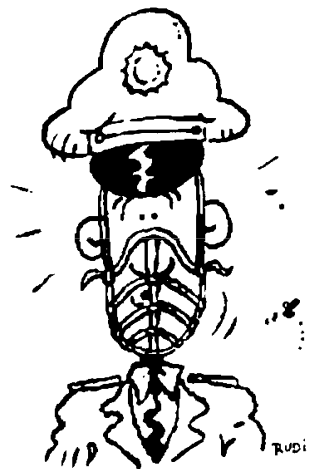
Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt mich hier in alle erdenklichen Informationsrichtungen zum Wohle der Tarifbeschäftigten. Ich werde mich weiterhin für alle Tarifbeschäftigte mit voller Kraft einsetzen und mit positivem Engagement in den neuen Tarifvertrag einsteigen. Die Tarifkommission in der GdP war von Anfang an mit in der neuen Tarifvereinbarung dabei. Wir konnten mitgestalten und vor allem mitsteuern.

Mein Ziel ist es, dass ich alle meine Möglichkeiten ausschöpfen werde, um unseren Tarifbereich nach vorne zu bringen. Streichungen, Lohnverlust, Arbeitsplatzverlust, und viele anderen Dinge dürfen einfach bei uns in der Polizei nicht Einzug halten.

Durch gute Personalratsarbeit und in guter Zusammenarbeit mit unserem Dienstherren, kann ein Maximum für den Tarifbereich und den Dienststellen erzielt werden.

Ich stelle mich der Wahl und hoffe, euer Vertrauen zu gewinnen.

Wolfgang Kleebaur



**NICHT WÄHLEN
MACHT SPRACHLOS!**



PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

Meine Kolleginnen und Kollegen auf dem Polizeirevier sehen mich kommen und gehen.

Öfters muss ich mir den Spruch anhören „So, war man wieder Kaffee trinken.“

Dies jedoch konnte ich so nicht bejahen und fasste es natürlich als einen Spaß auf.

Da eine Personalratssitzung nach § 36 Landespersonalvertretungsgesetz nicht öffentlich ist, kann ich leider keinen dieser Sprüchemacher mitnehmen, um das Gegenteil zu beweisen.

Wenn die Personalratsarbeit immer so einfach wäre!

So will ich über eine Situation von Angestellten berichten, die keinesfalls Einzelfälle sind und zum Nachdenken anregen.

Vor einigen Jahren ließ sich die Angestellte im Schreibdienst mit 100% Arbeitszeit einstellen. Eines Tages kam die Familienplanung hinzu und das Paar entschied sich, den Kinderwunsch zu erfüllen, was dann auch geschah.

Nachdem das Kind in den Kindergarten kam, entschloss sich die Angestellte wieder arbeiten zu gehen. Aufgrund der Kinderbetreuung war es ihr nicht möglich, weiterhin 100% Arbeitszeit zu erbringen, weswegen sie ihre Arbeitszeit auf 50% reduzierte.

Schnell wurde ihr klar, dass eine Arbeitszeiterhöhung auf 100% in den nächsten Jahren nicht mehr möglich ist.

Einst wurden die Angestellten eingestellt, damit die Prävention erhöht wird. Es hieß immer „die Polizei“

Wenn die Angestellte Glück hat, kann sie schauen, dass sie zu ihrem unbefristeten Arbeitsvertrag noch einen befristeten Arbeitsvertrag dazu erhält. Aber dies ist nur für eine befristete Zeit möglich.

Auch wenn der Personalrat in solchen Fällen nicht immer was ausrichten kann, war es doch für die Angestellte sehr wichtig, ihre Probleme, Ängste und Sorgen los zu werden, so zumindest habe ich die Erfahrung gemacht.

Selbstverständlich gehört dies auch zu den Aufgaben eines Personalrates/einer Personalrätin, den Kolleginnen und Kollegen ein offenes Ohr zu schenken, weshalb es wichtig ist, dass man uns, den Personalrat, wählt.



Karen Argyropoulos



muss auf die Straße. Durch die Einsparung der Angestellten (20% Effizienzrendite) ist dies so zum einen nicht mehr gewährleistet und die Angestellten, die Kinder in die Welt setzen, haben in naher Zukunft ein finanzielles Problem. Nicht jeder Ehemann ist in einer höheren Gehaltsklasse zu vermerken. Auch gibt es viele alleinerziehende Mütter, die jeden Euro nötig haben.



WÄHLEN SIE
ZEITGEMÄSS.
GdP.



Ergebnis der Fragebogenaktion „Blaue Uniform – ja oder nein?“



Mitte Juli haben wir unsere Fragebogenaktion abgeschlossen. Wir möchten uns zunächst bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Teilnahme bedanken.

Wir wissen auch, dass es wieder Leute geben wird, die versuchen werden, ein Haar in der Suppe zu finden, so ist das halt einmal.

Es gingen insgesamt 1516 Antworten ein. Davon waren 90,9% männlich, 7,6% weiblich, die übrigen konnten keinem Geschlecht zugeordnet werden. **53,8%** der Teilnehmer gehören dem Mittleren Dienst an, **44,1%** dem Gehobenen Dienst und **0,8%** dem Höheren Dienst.

Insgesamt sprachen sich 70% der Kolleginnen und Kollegen gegen die Einführung einer Blauen Dienstkleidung aus.

70% der Kolleginnen und Kollegen sind für die Einführung des Basecaps und sogar **88,1%** sind für die Einführung des Polo-Shirts.

Interessant war die Auswertung der Teilnehmer im Höheren Dienst.

Bei den Teilnehmern des Höheren Dienstes, übrigens haben nur Männer geantwortet, sind **72,7%** für die Einführung der Blauen Dienstkleidung und **66,7%** gegen die Einführung des Basecaps.

Beim Polo-Shirt sind sich alle wieder einig. Auch **66,7%** des Höheren Dienstes sind für die Einführung.

Sollte es Zweifel geben an der Auszählung, so laden wir jeden gerne zum Nachzählen auf die Geschäftsstelle ein.

Eine weitere Interpretation erübrigt sich, denn die Zahlen sprechen eindeutig für sich.



*Wolfgang Kircher und
Rüdiger Seidenspinner*

NACHRUF



Bepo-Bruchsal: **Maria Wild**, 85 Jahre.

Göppingen-Bepo: **Eduard Schwarz**, 79 Jahre.

Freiburg PD: **Klaus Kaufhold**, 55 Jahre.

Heilbronn: **Enno Rudolf Hirsch**, 90 Jahre.

Konstanz: **Georg Erich Scheuble**, 83 Jahre. *A. B.*